

Protokoll des Grossen Gemeinderats Adliswil, Amtsdauer 2022–2026

25. Sitzung vom 5. Februar 2025, 19.00 Uhr

Schulhaus Hofern (Aula), Sonnenbergstrasse 28/30, 8134 Adliswil

Anwesend	Daniel Schneider	Präsident
	Sait Acar	Thomas Iseli
	Julian Bachmann	Martial Jacoma
	Harry Baldegger	Renato Jacomet
	Angela Broggini	Urs Künzler
	Vera Buchmann-Bach	Wolfgang Liedtke
	Reto Buchmann	Gabriel Mäder
	Bernie Corrodi	Heinz Melliger
	Daniela Eggenberger	Kannathasan Muthuthamby
	Pascal Engel	Rolf Schweizer
	Yannick Falbriard	Simon Schanz
	Daniel Frei	Jacqueline Schoch
	Heinz Geissler	Sarah Tosun
	Silvia Helbling	Renata Vasella Billeter
	Sebastian Huber	Martin Weber
	Urs Huber	Pascal Welti
		Urs Weyermann
Abwesend	Xhelajdin Etemi	Christoph Sütterlin
	Dominic Muri	Esen Yilmaz
Ratsschreiberin	Vanessa Ziegler	
Ratsweibelin	Denise Charaabi-Krenz	
Präsenz Stadtrat	Markus Bürgi	Bildung
	Marianne Oswald	Soziales

	Karin Fein	Finanzen
	Felix Keller	Bau und Planung
	Mario Senn	Sicherheit, Gesundheit und Sport
	Farid Zeroual	Präsidiales und Einwohnerkontakte
Abwesend	Carmen Marty Fässler	Werkbetriebe

Traktanden

1. Mitteilungen

2. Fragestunde

3. Einbürgerungen

4. Auftrag zur Leistungsüberprüfung 2025 (GGR-Nr. 2024-1417)

Dringliches Postulat von Gabriel Mäder (GLP), Simon Schanz (Die Mitte), Pascal Engel (EVP) und Sebastian Huber (SVP) vom 12. Dezember 2024
(Dringlichkeitsdebatte gemäss Art. 84 Abs. 1 GeschO GGR)

5. Boxenstopp, Umwandlung von Projekt in Angebot; Kreditbewilligung Erhöhung Stellenplan (GGR-Nr. 2021-2027)

Antrag der Schulpflege vom 19. September 2024, Stellungnahme des Stadtrats vom 1. Oktober 2024 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 9. Dezember 2024

6. Kommunalen Verkehrsrichtplan jetzt! (GGR-Nr. 2024-1078)

Interpellation von Gabriel Mäder (GLP), Julian Bachmann (EVP), Bernie Corrodi (FW) und Harry Baldegger (FW) vom 18. September 2024

Eröffnung der Sitzung

Ratspräsident Daniel Schneider

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich begrüsse Sie zur 25. Sitzung des Grossen Gemeinderats Adliswil der Amtsdauer 2022–2026.

Die Sitzung ist eröffnet.

Gibt es aus Ihren Reihen Änderungen zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist die Traktandenliste genehmigt.

1. Mitteilungen

Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen seitens des Grossen Gemeinderats vier Entschuldigungen vor. Der Stadtrat verzeichnet eine Absenz.

Jubiläum

10 Jahre Mitglied des Gemeinderats Adliswil feierte am 23. Januar 2025 unser Ratsmitglied Kannathasan Muthuthamby.

Lieber Kanny, im Namen des Rats gratuliere ich Dir ganz herzlich und danke Dir für Deinen Einsatz hier im Parlament. Ich wünsche Dir auch in Zukunft engagierte Voten und Freude am politischen Mitwirken.

Ich bitte Dich, kurz zu mir nach vorne zu kommen, damit ich Dir im Namen des Rats eine Anerkennung überreichen kann (*Beifall*).

Gratulationen

Ein Geburtstagskind haben wir heute unter uns. Heinz Melliger von den Freien Wähler feiert heute seinen Geburtstag. Schön, dass Du heute bei uns bist.

Lieber Heinz, wir wünschen Dir alles Gute, beste Gesundheit und weiterhin viel Erfolg in Deiner wichtigen Aufgabe.

Rücktritt eines Ratsmitglieds

Meine Damen und Herren, es ist ein Rücktrittsgesuch eingegangen. Gemeinderat Bernie Corrodi (FW) ersucht um vorzeitige Entlassung aus dem Amt als Gemeinderat. Der Bezirksrat hat dem Gesuch entsprochen und den Stadtrat zur Ersatzwahl eingeladen. Wir werden Bernie Corrodi in der April-Sitzung verabschieden.

Zuweisung von Vorlagen

An die Sachkommission

- Vorlage GGR-Nr. 2023-868; Neues Nutzungskonzept für die Tiefgarage Zentrum; Berichterstattung und Antrag
- Vorlage GGR-Nr. 2023-1074; Abfalltrennung bei öffentlichen Veranstaltungen und in öffentlichen Gebäuden in der Stadt Adliswil; Berichterstattung und Antrag

2. Fragestunde

Schriftliche Fragen

Reto Buchmann (FDP) zum Thema "Jährliche Spende der Sozialkommission"

Am 3. Dezember 2024 hat die Sozialkommission wieder eine Ausschüttung von Spenden in der Gesamthöhe von 10'000 Franken beschlossen. Dabei werden acht Organisationen mit je 1'000 Franken und vier Organisationen mit 500 Franken berücksichtigt.

Normalerweise wird bei solchen Beschlüssen die rechtliche Grundlage in Form eines Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschlusses oder eines Gesetzesartikels aufgeführt. Das war bei diesem und auch bei den vorherigen Spendenbeschlüssen nicht der Fall. Die Begründung lautet lediglich "Die Sozialkommission verfügt gemäss Budget jährlich über einen Betrag von 10'000 Franken, um Institutionen zu unterstützen und Beiträge an Einrichtungen auszurichten, die sich sozial engagieren".

- Welcher Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschluss oder Gesetzesartikel bildet die rechtliche Grundlage für diese Spendenausschüttung?
- Könnten alle Behörden oder Kommissionen ihr überschüssiges Budget als Spenden ausschütten?

Stadträtin Marianne Oswald zur Beantwortung

- Welcher Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschluss oder Gesetzesartikel bildet die rechtliche Grundlage für diese Spendenausschüttung?

Gemäss Geschäftsreglement der Sozialkommission, Art. 23, Absatz 6, obliegt der Sozialkommission die Ausrichtung von Gemeindebeiträgen an private Sozialinstitutionen. Diese Beiträge werden seit rund 30 Jahren von der Sozialkommission ausgerichtet, nachdem ihr diese Aufgabe vom Stadtrat übertragen wurde. Dabei hält sie sich an das 2004 festgelegte "Reglement für die Vergabe von Beiträgen der Sozialkommission an gemeinnützige und soziale Institutionen". Der Betrag liegt innerhalb der Finanzkompetenz der Sozialkommission und wird ordentlich budgetiert. Es ist also KEIN überschüssiges Budget. In den Gemeinden des Bezirks ist es, übrigens allgemeine Usanz, dass die Sozialbehörde Geld in dieser Grössenordnung an soziale Institutionen spendet.

- Können alle Behörden oder Kommissionen ihr überschüssiges Budget als Spenden ausschütten?

Weder die Sozialkommission noch die Schulpflege noch die Baukommission verteilt überschüssiges Budget und Schulpflege und Baukommission sprechen auch keine Spenden.

3. Einbürgerungen

Es wurden 35 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen. Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.

4. Auftrag zur Leistungsüberprüfung 2025 (GGR-Nr. 2024-1417)

Dringliches Postulat von Gabriel Mäder (GLP), Simon Schanz (Die Mitte), Pascal Engel (EVP) und Sebastian Huber (SVP) vom 12. Dezember 2024
(Dringlichkeitsdebatte gemäss Art. 84 Abs. 1 GeschO GGR)

Der Rat hat heute über die Dringlichkeit des Postulats zu entscheiden. Und noch nicht, ob das Postulat dem Stadtrat überwiesen werden soll oder nicht. Wird das Postulat für dringlich erklärt – dafür braucht es zwölf Stimmen – dann hat der Stadtrat nur zwei Wochen Zeit, um Entgegennahme zu erklären oder Ablehnung zu beantragen. Wir würden also an der März-Sitzung über die Überweisung beschliessen. Stimmen weniger als zwölf Mitglieder der Dringlichkeitserklärung zu, kommen die üblichen Fristen zur Anwendung.

Die Redezeit bei Dringlichkeit beträgt zwei Minuten. Nutzen Sie Ihre zwei Minuten Redezeit dazu, zu begründen, weshalb das Postulat dringlich sein soll oder weshalb nicht. Ob Sie das Postulat überweisen wollen oder nicht, können Sie bei einer nächsten Sitzung begründen.

Simon Schanz (Die Mitte)

Die Diskussionen der letzten Budgetdebatte haben uns deutlich gezeigt: Die finanzielle Lage der Stadt Adliswil ist und bleibt angespannt. Der vom Stadtrat in Aussicht gestellte Anstieg des Steuerfusses sowie die weiter steigende Nettoverschuldung erklären die Dringlichkeit des Postulates. Aber unabhängig davon, ob nun mit tiefem oder hohem Steuerfuss, der Kernwunsch von uns allen ist es zu verstehen, wo und für was das Geld der Stadt und vor allem der Bevölkerung ausgegeben wird, ob es sinnvoll eingesetzt und ob sich über Nutzen/Ertrag Gedanken gemacht werden. Lasst uns gemeinsam diese Blackbox öffnen und erklären dieses Postulat als dringlich.

Daniel Frei (FW)

Wie wir schon hörten, hat Gabriel Mäder bereits im Rahmen der Budgetdebatte das dringliche Postulat angekündigt und ich zeigte bereits da schon erste Sympathien. Auch wir von den Freien Wähler sind absolut einverstanden, was wir auch erwähnt haben, dass man Ausgaben auf Notwendigkeit sinnvoll überprüfen soll. Sie darlegen soll, damit wir überprüfen können, wo bei allen erwähnten Themen wir ansetzen können.

In diesem Sinne danke ich den Postulanten. Die Freien Wähler unterstützen die Dringlichkeit des Postulates.

Wolfgang Liedtke (SP)

Wenn wir die Dringlichkeit in dieser Sitzung beschliessen, sind die Fristen, wie wir hörten, stark verkürzt. Karin Fein teilte in der letzten Sitzung mit, dass mit der Aufgabenüberprüfung bereits begonnen wurde. Es wäre hilfreich, vom Stadtrat zu hören, wie der Stand in dieser Sache ist, bevor wir über die Dringlichkeit entscheiden. Ein zu enges Zeitkorsett kann eine sorgfältige Aufgabenüberprüfung auch behindern.

Reto Buchmann (FDP)

Wir zweifeln nicht daran, dass das Postulat heute als dringlich an den Stadtrat überwiesen wird. Aber wir zweifeln am Nutzen der Dringlichkeit. Die Informationen, die mit diesem Postulat angefordert werden, sind sicher nützlich, um aufzuzeigen, welche Leistungen die Stadt erbringt, dies übrigens mit der jährlichen Bewilligung des Gemeinderats. Jedoch kann man mit ein wenig Aufwand die Leistung aus den Leistungszielen und Indikatoren sowie aus der jährlichen Rechnung selbst, zusammenstellen. Von einer Blackbox würde ich hier keinesfalls sprechen. Klassisches Outsourcing also mit dem Unterschied, dass es dadurch sicher nicht günstiger wird, als selbst Stift und Papier in die Hand zu nehmen. Ausserdem wird uns die Leistung zwar vorliegen, geführt wird die Verwaltung aber nach wie vor nach Globalbudget. Wenn wir also einzelne Leistungen streichen, muss der Rotstift bei den Leistungszielen angesetzt werden. Die Leistungen, welche im Budget wirklich Spuren hinterlassen, sind gleichzeitig solche, die unsere Bevölkerung schätzt und unseren Standort attraktiv machen: Schwimm- und Hallenbad, Bibliothek, gute Schulen, Sauberkeit und Ordnung. Im Postulat ist die Rede von strukturellem Defizit. Das hat aber ganz klar zwei Seiten: neben den Ausgaben auch die Einnahmen. Und hier haben wir in den vergangenen Jahren nicht viel gemacht, um steuerstarke Bewohnerinnen und Bewohner anzuziehen. Diese sind genauso nötig, wie eine kontrollierte Ausgabenseite, um unsere Finanzen ins Gleichgewicht zu bringen. Dieser Realität müssen wir einfach ins Auge blicken. Die Zeit nach der Swiss Re wird uns hart treffen. Wenn wir bei den grossen Budget-Posten sparen wollen, wird das insbesondere auch den finanzschwächeren Teil unserer Bevölkerung treffen. Und für den finanzstärkeren Teil werden wir auch nicht attraktiver. Wir müssen also ganz klar auch auf der Einkommenseite schauen, dass wir besser werden. Dieses Thema benötigt also eine ganzheitliche und sorgfältige Betrachtung, wozu pressieren sicher nicht zum besseren Ergebnis führen wird. Insofern wird die FDP die Dringlichkeit nicht unterstützen.

Angela Broggin (GP)

Wir entscheiden heute ja nur über die Dringlichkeit, weshalb ich mein Votum ein wenig ändern musste. Wir müssen zwischen zeitlicher und inhaltlicher Dringlichkeit unterscheiden. Ich finde, das sind zwei verschiedene Sachen. Wenn wir nun den Auftrag als dringlich einstufen, geht es eher um die zeitliche Dringlichkeit und diese sehe ich eigentlich nicht so. Hier bin ich einverstanden mit anderen Rednern, dass eine schnelle Prüfung vielleicht kontraproduktiv sein könnte. Auch wenn er dringlich behandelt werden würde, würde er ja nicht mehr dieses Jahr im Globalbudget Einfluss nehmen können. Darum könnte das auch ganz normal laufen, damit man dann nächstes Jahr auf das Globalbudget wirken könnte. Zudem finde ich ebenfalls, dass die Zahlen eigentlich vorliegen. Wir vom Grossen Gemeinderat könnten diese "Nifeliarbeit" schon machen und sie selbst irgendwo herauslesen.

Sebastian Huber (SVP)

Es sind 180 Tage, das ist die Hälfte der Frist für ein dringliches Postulat. Ich schätze die Kompetenz des Stadtrats und der zuständigen Personen so ein, dass die das in einem halben Jahr zusammensuchen können, wenn das so einfach sein soll. Von dem her unterstützen wir die Dringlichkeit dieses Postulats.

Gabriel Mäder (GLP)

Herzlichen Dank an alle, die dieses Postulat unterstützen, wir sind überzeugt, dass das in der Zeit, die gesetzt ist, also in den sechs Monaten, erledigt werden wird. Wir haben die Dringlichkeit auch darum eingefordert, weil die Arbeiten bereits auf dem Weg sind. Zudem haben wir den Umfang der Arbeiten auf das beschränkt, was wir auch wirklich entscheiden können. Das ist eine Blackbox wie wir in den letzten Budgetdebatten gesehen haben. Man probierte immer, das Budget zu kürzen, kam aber nie auf einen vernünftigen Vorschlag. Wenn das so einfach ist, frage ich mich, weshalb aus der Kommission nie konkrete Vorschläge gekommen sind, welche wir dann hier umsetzen konnten.

Aus diesem Grunde sind wir überzeugt, dass wir mit diesem Vorgehen auf einem guten Weg sind, da wir in sechs Monaten erst mal die Zahlen haben und dann muss man die Massnahmen dazu ergreifen. Bis diese greifen, wird es eine Weile dauern. Dann werden die grossen Hämmer kommen, z.B., dass eine Swiss Re wegfällt und weitere Kosten auf uns zukommen werden. Wir müssen daran arbeiten und da sind wir dran.

Stadträtin Karin Fein

Ich bedanke mich für die engagierten Voten mit verschiedenen Argumenten, für und gegen eine Dringlichkeit.

Ich glaube, die Dringlichkeit ist in diesem speziellen Fall nicht so wichtig, denn sie spielt für den Stadtrat aus folgendem Grund keine so grosse Rolle. Man macht sinnvollerweise alle paar Jahre eine Leistungsprüfung, wenn man mit Globalbudgets arbeitet. Wir in der Stadt Adliswil arbeiten schon relativ lange mit Globalbudgets und nun haben wir schon seit einiger Zeit erstmals entschieden zu schauen, was wir überhaupt für einen Dienstleistungskatalog haben. Welche Leistungen, die wir als Stadt erbringen, sind wirklich zwingend aufgrund von übergeordnetem Gesetz, welche Leistungen erbringen wir auf Beschlüsse des Grossen Gemeinderats hin und welche haben wir als Stadtrat beschlossen. Diesen Leistungskatalog hat der Stadtrat im März 2024 der Verwaltung in Auftrag gegeben. Es lässt sich tatsächlich nicht so einfach machen, aber wir sind schon recht weit fortgeschritten und werden relativ bald zu den Ergebnissen kommen. Es geht also nicht darum, den Leistungskatalog zu erstellen, sondern zu schauen, was wollen wir im Rahmen der Leistungsziele und Indikatoren in Zukunft noch anbieten oder auf was könnten wir allenfalls verzichten, damit wir im Herbst hier in der Budgetdebatte nicht über pauschale Globalbudgetkürzungen sprechen müssen. Wir wollen konkret zu dem stehen können, was wir leisten wollen. Dies hat dann vielleicht je nach dem eine Steuerfussenkung oder allenfalls eine Erhöhung zur Folge. Es ist sicher eines der sinnvollsten Instrumente, um die finanzielle Führung der Stadt Adliswil in die Zukunft zu bringen.

Sie dürfen es gerne als dringlich erklären, denn wir hörten, die Fristen spielen alle keine Rolle mehr. Wir werden trotzdem weitermachen, auch wenn es abgelehnt würde.

Ratspräsident Daniel Schneider

Gemäss Art. 84 Gescho GGR braucht es für das Zustandekommen der Dringlichkeit zwölf Stimmen. Wir stellen fest, ob dieses Quorum erreicht wird.

Abstimmung

Der Antrag auf Dringlicherklärung wird von mehr als 15 Ratsmitgliedern unterstützt.

Die Unterstützung ist zustande gekommen. Das Postulat ist als dringlich erklärt. Der Stadtrat hat dazu innert zwei Wochen begründet Stellung zu nehmen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

5. Boxenstopp, Umwandlung von Projekt in Angebot; Kreditbewilligung Erhöhung Stellenplan (GGR-Nr. 2021-2027)

Antrag der Schulpflege vom 19. September 2024, Stellungnahme des Stadtrats vom 1. Oktober 2024 und gleichlautender Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 9. Dezember 2024.

Der "Boxenstopp" wurde als internes Time-Out-Angebot für Sekundarschüler und Sekundarschülerinnen in Adliswil eingeführt, um Jugendlichen in schwierigen Situationen zu helfen und Sonderschulungen zu vermeiden. Nach dem Erfolg des Pilotprojekts soll das Angebot ab August 2025 in ein festes Schulangebot umgewandelt werden. Der Antrag an den Grossen Gemeinderat sieht dafür eine Erhöhung des Stellenplans um 130 Prozent und damit verbunden einen jährlichen Verpflichtungskredit von 189'000 Franken vor.

Der Stadtrat hat den Antrag der Schulpflege geprüft und unterstützt die Anpassung des Stellenplans um 130 Stellenprozent.

Eintretensdebatte

Sarah Tosun (Die Mitte), Referentin der Rechnungsprüfungskommission

Das Pilotprojekt Boxenstopp endet im Schuljahr 2024/2025. Dieses Projekt bietet frühzeitige und gezielte Unterstützung für Schülerinnen und Schüler mit sozialen und schulischen Herausforderungen. Es bietet eine kurzfristige Entlastung und gezielte Förderung. In intensiveren Betreuungsfällen werden bis zu 12 Wochen lang Massnahmen zur Verbesserung des Verhaltens und der Lernhaltung umgesetzt und nachhaltig verbessert. Das Hauptziel des Boxenstopps ist die erfolgreiche Reintegration der Schülerinnen und Schüler in ihre Stammklassen. Bei längerfristigem Unterstützungsbedarf erfolgt eine Weiterleitung an die Schulsozialarbeit.

Die Schulpflege beantragt nun, das Programm per 1. August 2025 in ein dauerhaftes Angebot umzuwandeln.

Der jährliche Kostenaufwand beträgt 189'000 Franken für das gesamte Programm, dabei handelt es sich um eine Erhöhung der kommunalen Pensen der Sekundarschule um 130 Stellenprozent und damit neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von brutto 189'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) für ein Team aus einer Lehrperson (50%) und einer Sozialpädagogin (80%), die die Schülerinnen und Schüler während der Unterrichtszeit begleiten.

Die durchschnittlichen Kosten pro Schülerin und Schüler belaufen sich auf etwa 410 Franken. Es wird in diesem Jahr mit 461 Schülerinnen und Schüler budgetiert. Zum Vergleich: Externe Sonderbeschulungen kosten zwischen 66'000 und 115'000 Franken pro Jahr und Schüler. Im Schuljahr 2023/2024 unterstützte der Boxenstopp 62

Schülerinnen und Schüler, während eine externe Sonderbeschulung für 20 Jugendliche in der gleichen Zeit über 1,2 Millionen Franken kostete. Damit stellt der Boxenstopp eine kostengünstige Alternative zu externen Sonderbeschulungen dar.

Somit fördert der Boxenstopp die Integration der Schülerinnen und Schüler ins reguläre Schulsystem und trägt zur Vermeidung von externen Sonderbeschulungen bei. Es entlastet gleichzeitig das Lehrpersonal, wodurch Krankheitsausfälle und Fluktuation verringert werden. Dadurch wird die Unterrichtsqualität langfristig verbessert. Ohne das Angebot müssten betroffene Schülerinnen und Schüler entweder in den Regelklassen oder durch reguläre sonderpädagogische Massnahmen betreut werden. Dies wäre voraussichtlich mit höheren Kosten verbunden.

Die Rechnungsprüfungskommission hat den Antrag der Schulpflege geprüft und positiv bewertet und einstimmig für die Umwandlung des Projekts Boxenstopp in ein reguläres Angebot und die entsprechende Erhöhung des Stellenplans gestimmt. Sie befürwortet damit eine kosteneffiziente und nachhaltige Lösung zur Stärkung der Unterrichtsqualität.

Renata Vasella (SP)

Heute stimmen wir über die definitive Einrichtung des Boxenstopps an der Sekundarschule ab.

Das interne Time-out-Angebot an der Schule bietet die Möglichkeit, schnell und unkompliziert auf Schwierigkeiten von Schülerinnen und Schülern im Schulalltag zu reagieren. Die Möglichkeit, dass die Jugendlichen in Adliswil selber eine Auszeit vom Klassenunterricht nehmen können, führt auf Seiten Klasse/Lehrperson, sowie auch auf Seiten des Jugendlichen zur Entlastung der angespannten Situation. So können die Schüler und Schülerinnen individueller betreut und begleitet werden. Eine Reintegration in den Klassenunterricht soll dabei das oberste Ziel sein.

Dadurch können teure, externe Schulungen verhindert werden und ein regulärer Schulabschluss mit der Anschlusslösung einer Ausbildung wird wahrscheinlicher. Jeder Schul-/Lehrabschluss hilft, Sozialhilfefälle zu verhindern.

Die SP findet diese frühzeitige Interventionsmöglichkeit auch im Hinblick auf spätere Kosten sehr sinnvoll und unterstützt den Antrag. Der mehrjährige Versuch hat die Wirksamkeit des Angebots aufgezeigt.

Auch im Hinblick auf den Lehrermangel ist das Angebot Boxenstopp ein grosser Pluspunkt für die Schule Adliswil.

Silvia Helbling (FDP)

Dieses Angebot Boxenstopp der Schule Adliswil wurde entwickelt aus dem Bedürfnis, eine niederschwellige Möglichkeit zur Entlastung einerseits der betroffenen Schülerinnen und Schüler und andererseits auch der Klasse und der Lehrpersonen zu schaffen. Wir fragen uns: Wozu braucht es ein solches Angebot? Die Aufstellung der Fakten zeigen, dass die Schule die Auswirkungen des Wachstums in Adliswil über die letzten Jahre stark zu spüren bekommen hat. Die Schülerzahlen sind verglichen mit dem Bevölkerungswachstum sogar überproportional gewachsen. Mit einem Vergleich des gestiegenen Sozialindex, hat sich der Bedarf an sonderpädagogischen Massnahmen, darunter auch die externe Sonderbeschulung erhöht. Zur

Verdeutlichung: Der budgetierte Aufwand der Sonderschulung betrug im Jahr 2024 2,6 Millionen Franken.

Damit dieser Entwicklung entgegnet werden kann, müssen neue Lösungen gefunden werden. Dieses Projekt Boxenstopp ist eine präventive Massnahme, die in einer Pilotphase erprobt und optimiert wurde. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass mit dem Boxenstopp eine flexible und auf das Bedürfnis zugeschnittene Lösung aufgezeigt wird. Die Zahlen des Stadtrats zeigen, dass mit entsprechenden Massnahmen, darunter auch dem Ausbau der Schulsozialarbeit, die wir auch bewilligt haben, die Sonderschulquote in den letzten Jahren reduziert werden konnte. Der Boxenstopp als temporäre Auszeit konzipiert, leistet einen Beitrag zur Integration und Inklusion und verhindert, dort wo möglich und sinnvoll, Sonder- oder Einzelbeschulungen und längerfristige Time-Outs, die erheblich höhere Kosten nach sich ziehen würden.

Aus den genannten Ausführungen unterstützt die FDP-Fraktion den Antrag des Stadtrats mit den zusätzlich jährlich wiederkehrenden Kosten von 189'000 Franken.

Yannick Falbriard (Die Mitte)

Die Mitte/GLP/EVP-Fraktion unterstützt den Antrag zur Weiterführung des Boxenstopp-Angebots für Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Adliswil aus drei zentralen Gründen:

1. Kontinuität und Qualität

Das Pilotprojekt Boxenstopp wurde in den vergangenen Jahren eingehend getestet und hat sich bereits etabliert. Es erfreut sich bei allen Beteiligten – seien es Schülerinnen und Schüler, Eltern oder Lehrpersonen – grosser Akzeptanz, was keineswegs selbstverständlich ist. Neue/andere Lösungen zu suchen, macht aus unserer Sicht momentan wenig Sinn, den diese bringen wieder Unsicherheiten mit sich – sei es in qualitativer, finanzieller oder organisatorischer Hinsicht. Der Boxenstopp hingegen ist ein bewährtes, niederschwelliges und flexibel einsetzbares Angebot mit minimalem bürokratischem Aufwand.

2. Kosten

Wie aus dem Antrag der Schulpflege hervorgeht, sind externe Beschulungslösungen um ein Vielfaches teurer. Der Boxenstopp stellt somit nicht nur eine qualitativ, sondern auch eine finanziell sehr sinnvolle Lösung dar.

3. Ein starkes Statement für unsere Schulen

Die Annahme dieses Antrags ist ein klares Signal für die Qualität der öffentlichen Schulen in Adliswil. Es zeigt der Lehrerschaft – sowohl den bestehenden als auch potenziellen neuen Lehrkräften – dass ihr Ruf nach Unterstützung gehört wird und dass die Stadt Adliswil bereit ist, sie mit geeigneten Massnahmen zu unterstützen. Zudem wird verdeutlicht, dass neue Herausforderungen nicht einfach auf den Schultern der Lehrpersonen abgeladen, sondern gemeinsam bewältigt werden. Aus diesen Gründen bitten wir Sie, den Antrag zu unterstützen.

Pascal Welti (GP)

Danke dem Stadtrat und der Schulpflege für diese Vorlage, es ist wichtig, dass sich die Politik mit der Schule beschäftigt. Da sieht man als Erstes gesellschaftliche Entwicklungen und Bildung ist unsere wichtigste Ressource.

Dass die Schule immer mehr Leistungen anbietet - anbieten muss - ist auf den ersten Blick etwas erschreckend, hängt aber auch mit gesellschaftlichen Entwicklungen zusammen. Doppelverdiener im niedrigeren Lohnsegment haben keine Zeit, Mittagessen zuzubereiten und sind angewiesen auf Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder, "Social Media" macht heutzutage Erziehung auch nicht leichter – um nur zwei Beispiele zu nennen.

Wegdiskutieren kann man die neuen, zusätzlichen Bedürfnisse sowieso nicht, sie sind als Tatsache zu akzeptieren, ganz gemäss dem pädagogischen Grundsatz, die Leute da abzuholen, wo sie sind. Das Boxenstopp Angebot läuft jetzt seit ein paar Jahren im Testbetrieb, wird von allen Beteiligten gelobt und soll jetzt in einen definitiven Betrieb überführt werden. Was auf den ersten Blick wie eine Kostenvorlage aussieht, ist eigentlich eine Sparvorlage. Die Alternativen dazu wären Inkaufnahme von nicht funktionierenden Schulklassen und überforderte Lehrer oder teure externe Platzierungen. Das wird so vermieden durch ein niederschwelliges Angebot vor Ort.

Die Grüne-Fraktion unterstützt daher diese Vorlage.

Heinz Melliger (FW)

Ich bin heute trotz meines Geburtstags gekommen, wenn wir schon einmal alle gleicher Meinung sind. Recht herzlichen Dank für die netten Wünsche und sowieso, dass daran gedacht wurde. Wir haben heute einen Kreditantrag in der Höhe von 189'000 Franken für die Erhöhung des Stellenplans um 130% in der Abteilung Bildung zu befinden. Diese Erhöhung wird notwendig, um das Pilotprojekt "Boxenstopp" in ein reguläres Angebot umzuwandeln.

Liebe Ratskollegen, Ihr könnt Euch sicherlich noch an die letzte Ratssitzung im Dezember 2024 erinnern, wo bei der Budgetberatung und dem Festlegen des Steuerfusses immer wieder von mehreren Parteien von Sparen und Streichen von unnötigen Ausgaben gesprochen worden ist. Warum sollten wir nun nur ein paar Wochen später von dieser Praxis bereits wieder abweichen?

Nun gut, auf den ersten Blick glaubt man wirklich, dass eine Erhöhung der Stellenprozentage wieder einmal mehr die Verwaltung künstlich aufbläht. Wenn man sich aber detailliert mit der Thematik beschäftigt und das Geschäft genauer analysiert, sieht es plötzlich ganz anders aus.

Folgende grundsätzliche Ziele werden verfolgt:

- Jugendliche sollen bei Bedarf frühzeitig und niederschwellig unterstützt werden
- Lehrpersonen und der Unterricht sollen entlastet werden
- Sonderschulungen sollen, wo sinnvoll, vermieden werden.

Nach einer intensiven Planungs- und Vorbereitungszeit bereits im Jahr 2016/2017 mit den Pilotprojekten "Boxenstopp für Sekundarschüler" und "Schulinsel für Primarschüler" als internes Time-Out-Angebot, konnte man sehr viel Erfahrungen sammeln und hat heute genügend Nachweise, dass jetzt eine Überführung dieser Projekte in ein reguläres Angebot angebracht ist.

Im Schuljahr 2023/2024 haben auf Sekundarschul-Stufe 31 Jugendliche (20 in externer und 11 in interner) das Angebot von Sonderschulungen benutzt, welches Kosten in der Höhe von 1,2 Millionen Franken verursachte. Diese Kosten wären weitaus grösser, wenn 62 Schülerinnen und Schüler in der gleichen Periode nicht durch das

Projekt "Boxenstopp" hätten betreut werden können. Also eine echte win-win-Situation, und die jährlich wiederkehrenden Investitionen machen in der gesamtheitlichen Betrachtung wirklich Sinn.

Selbstverständlich ist es toll, dass man einen Weg gefunden hat, wie man Schüler mit disziplinaren Problemen, Konflikte innerhalb der Klasse und anderweitigen Kontakte, sowie psychischen Problemen helfen kann, für eine vollständige Reintegration nach dem Time-Out in den Klassenverbund.

Aber weitaus wichtiger scheint uns bei diesem Angebot, dass vor allem die Lehrpersonen und alle anderen Schüler dieser Klassenverbunde, welche sich unauffällig verhalten, ihrem normalen Schulbetrieb ungehindert folgen können. Dies hat einen enormen, positiven Einfluss auf die Qualität des Schulbetriebes und reduziert auch die Belastung des Lehrpersonals, aber auch allen Schülern.

Wir Freie Wähler stimmen geschlossen dem Antrag der Rechnungsprüfungskommission zu, dies zu Gunsten unserer künftigen Schüler und Jugendlichen.

Stadtrat Markus Bürgi

Zuerst möchte ich mich herzlich für die zahlreichen wertschätzenden Voten und die generelle Unterstützung in Bildungsfragen bedanken. Zum eigentlichen Geschäft – unserem Time-Out-Angebot auf der Sekundarstufe, dem "Boxenstopp" – wurde ja schon viel gesagt, darum möchte ich nicht alles nochmals wiederholen.

Gleichwohl möchte ich die Gelegenheit nutzen, um nochmals deutlich zu machen, wie wichtig solche Time-Out-Angebote in der heutigen Zeit für uns sind. Der "Boxenstopp" – und bald auch das Pendant für die Primarschule, die "Schulinsel", das ja demnächst im Grossen Gemeinderat zur Abstimmung kommt – beide sind ein äusserst wertvolles Instrument und das aus verschiedenen Blickwinkeln:

- 1) Schülerinnen und Schüler mit speziellen Bedürfnissen profitieren: Sie können frühzeitig und niederschwellig unterstützt werden, sodass sie einen regulären Abschluss in der Volksschule machen können.
- 2) Der Regelunterricht und die Lehrpersonen werden entlastet: Das sorgt für eine gute Unterrichtsqualität und reduziert die Belastung der Lehrpersonen. Weniger Belastung bedeutet weniger Fluktuation – und das macht unsere Schule attraktiver für gute Lehrpersonen.
- 3) Sonderschulungen können, wenn sinnvoll, vermieden werden: Das ist nicht nur im Interesse der betroffenen Schülerinnen und Schüler, sondern spart auch beträchtliche Kosten.

Die Schulpflege und ich sind überzeugt, dass der Boxenstopp eine sinnvolle Investition ist, sowohl pädagogisch als auch – mit einer erwarteten Nettokostenreduktion – finanziell. Der positive Effekt übertrifft die Kosten bei Weitem. In diesem Sinne danke ich nochmals für das Vertrauen und hoffentlich für die Zustimmung zu diesem Geschäft.

Ratspräsident Daniel Schneider

Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Sie haben damit Eintreten beschlossen.

Detailberatung

Ziffer 1 Für die durch die Umwandlung des Pilotprojektes Boxenstopp in ein reguläres Angebot nötige Erhöhung des Stellenplans um 130 Stellenprozent wird ein jährlich wiederkehrender Verpflichtungskredit von brutto 189'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) bewilligt.

Ich werde das Erreichen des Quorums der Ausgabenbremse mit der Schlussabstimmung abfragen.

Gibt es dazu Anträge oder Wortmeldungen?

Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 2 Veröffentlichung von Dispositivziffer 1 im amtlichen Publikationsorgan.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Ziffer 3 Mitteilung von Dispositivziffer 1 an den Stadtrat.
Keine Wortmeldungen; so beschlossen.

Damit ist die Vorlage materiell durchberaten.

Schlussabstimmung:

Mit dieser Abstimmung stellen wir gleichzeitig fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 36 Mitgliedern. Für die Annahme dieses Antrags, resp. der Ziffer 1, braucht es das absolute Mehr, also mindestens 19 Stimmen. Kommen weniger als 19 Stimmen zustande, ist die Ausgabe abgelehnt.

Sie haben der Vorlage mit 32 Stimmen zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Damit haben Sie dem jährlich wiederkehrenden Verpflichtungskredit von brutto 189'000 Franken (inkl. Sozialleistungen) für die Erhöhung des Stellenplans um 130 Stellenprozent zur Umwandlung des Pilotprojekts "Boxenstopp" in ein reguläres Angebot zugestimmt.

Das Geschäft ist erledigt.

6. Kommunalen Verkehrsrichtplan jetzt! (GGR-Nr. 2024-1078)

Interpellation von Gabriel Mäder (GLP), Julian Bachmann (EVP), Bernie Corrodi (FW) und Harry Baldegger (FW) vom 18. September 2024

Die Stadt Adliswil plant, den kommunalen Verkehrsrichtplan ab 2025 zu überarbeiten, nach Abschluss des Raumentwicklungskonzepts (REK) im selben Jahr. Die Revision wurde verzögert durch die Priorisierung eines Zielbilds (veröffentlicht 2024) und Fachkräftemangel. Der aktualisierte Verkehrsrichtplan soll zusammen mit der Bau- und Zonenordnung bis 2028 fertiggestellt werden.

Gabriel Mäder (GLP)

Vor mehr als vier Jahren haben wir diese Interpellation identisch schon einmal gestellt: nach dem Verkehrskonzept, dem kommunalen Richtplan dazu gefragt. Was ist seither geschehen? In diesen vier Jahren haben wir hier im Rat den Nutzungsplan für die Sihlmatte genehmigt, jenen für die Rifertstrasse sowie den Isengrund. Gleichzeitig hörten wir vom Stadtrat, weshalb Rufbusse (Vorschlag SP) keine Option seien, dass die Linie 156 nicht verlängert werden könne, weil sie zu teuer sei und dass wir kein Geld hätten für eine Verlängerung der Linie 153 und 151 (Vorschlag

FW) und nicht zu vergessen die Versuche, das Verkehrsgeschehen im Zentrum zu entschleunigen. Der Grosse Gemeinderat hat sich also intensiv mit der Siedlungsentwicklung von Adliswil befasst und Entschlüsse getroffen, welche Auswirkungen auf den Verkehr haben.

Aber während wir da im Rat hunderte von neuen Wohnungen geschaffen haben, welche zusätzlichen Verkehr generieren, ist uns der Stadtrat die Antwort schuldig geblieben, wie wir den zusätzlichen Verkehr bewältigen sollen. Und die Antwort auf unsere Interpellation gibt mir wenig Hoffnung, dass der Stadtrat die Intention hat, dies in absehbarer Zeit zu ändern. Vor vier Jahren wurden wir auf 2024 vertröstet, jetzt gemäss Stadtwerkstatt bereits auf 2028. Dass ein Verkehrsrichtplan in der Regel mit einem Zeithorizont von 20 bis 25 Jahren aufgesetzt wird, bedeutet nicht, dass man einfach untätig zuschauen muss, während die Bevölkerung um 30% wächst. Der letzte Richtplan wurde 1998 oder 1999 gemacht. Seither wäre Zeit genug gewesen, die Zeichen der Zeit zu erkennen, diesen Prozess anzustossen und nicht bis zum letzten Moment zu warten. Zumal man merkt, dass die ganze Zuwanderung viele Strassenprojekte auslöst, man aber die Ressourcen nicht hat, um diese zu planen.

Lassen sie es mich deutlich sagen: Die aktuelle Verkehrsplanung in Adliswil gleicht einem Flickenteppich. Es werden einzelne Massnahmen ohne eine klare, ganzheitliche Strategie umgesetzt. Wenn Sie nun die Bevölkerung zu einem Workshop wie die Stadtwerkstatt einladen, darf dies nicht im luftleeren Raum erfolgen. In Ihrer Antwort schreiben Sie: Richtpläne dienen dazu, aufzuzeigen, wie die künftige Abstimmung von Siedlung und Verkehr erfolgen soll. D.h. bei der Ausarbeitung der Raumkonzepte in der Stadtwerkstatt muss der Verkehrsaspekt bereits berücksichtigt werden, und zwar ganzheitlich und nicht einfach mit dem Vermerk, dass die S-Bahn in Zukunft öfters fahren wird. Wenn im Sood in Zukunft mehrere Hundert Personen zusätzlich wohnen sollen, müssen wir vorher klären, wie dieser Zusatzverkehr aufgefangen werden soll, wie wir den Mehrverkehr durch das Nadelöhr im Stadtzentrum bringen wollen. Dazu brauchen wir jetzt die Grundlagen, wie sich die aktuelle Verkehrssituation darstellt, wo die heiklen Engpässe sind und welche Auswirkungen unsere Entscheide im Rat oder in der Stadtwerkstatt auf die Verkehrslage haben werden. Dass wir ohne Informationen Nutzungspläne genehmigen müssen, ist wirklich fahrlässig. Die Sachkommission hat das schon mehrfach kritisiert.

Es ist an der Zeit, endlich eine nachhaltige, zukunftsfähige Verkehrsstrategie für Adliswil zu entwickeln. Der Stadtrat muss die Dringlichkeit der Lage erkennen und jetzt mit der Überarbeitung des Verkehrsrichtplans beginnen, ohne weitere Verzögerungen durch andere Planungsprozesse.

Wir brauchen klare Prioritäten: eine koordinierte Verkehrsplanung, welche Siedlung, öffentlichen und individuellen Verkehr aufeinander abstimmt. Wir haben Ihnen dazu mehr als genug Ideen geliefert. Wir fordern eine rasche Umsetzung und kein weiteres Hinauszögern auf unbestimmte Zeit.

Jacqueline Schoch (GP)

Um ein optimales Verkehrsnetz für Wohn-, Arbeits- und Einkaufsbereiche zu planen und auch Anbindungen an Nachbargemeinden optimal zu erschliessen, braucht es den revidierten Verkehrsrichtplan jetzt.

Der Stadtrat arbeitet schon lange auf die Revision des kommunalen Verkehrsrichtplans hin. Auf die Frage der Interpellanten, wie lange es dauert bis der Verkehrsrichtplan dem Grossen Gemeinderat vorgestellt wird, lautet die Antwort, man wolle in dieser Legislatur starten.

Es ist sinnvoll, die Inhalte des Raumentwicklungskonzepts zuerst abzuschliessen, diese können als Grundlage für zukünftige Planungen, wie zum Beispiel im Bereich Verkehr, dienen. Es ist aber zu erwarten, dass der revidierte Verkehrsrichtplan gleichzeitig mit der Revision der BZO dem Grossen Gemeinderat vorgestellt wird. Doch hinsichtlich der kommenden grossen Überbauungen drängt die Zeit für einen optimalen, kommunalen Verkehrsrichtplan.

Es hängen so viele grosse Projekte voneinander ab, was es schwierig macht, diese zeitlich und inhaltlich miteinander voranzutreiben. Wir sind auch der Meinung, dass es wichtig ist, dass es vorwärts geht und wir nicht viel Zeit mit Abwarten auf andere Projekte verbringen sollten.

Rolf Schweizer (FDP)

Die FDP versteht die Abhängigkeiten der verschiedenen Planungen und findet das Vorgehen des Stadtrates grundsätzlich gut, obwohl auch wir uns einen früheren Abschluss gewünscht hätten. Wir hoffen, dass der erwähnte Fachkräftemangel nicht zu weiteren Verzögerungen führen wird.

Für die FDP ist es aber wichtig, dass der Verkehrsrichtplan nicht zu einem Verkehrsverhinderungsplan verkommt. Neben einem guten ÖV ist auch eine leistungsfähige Strasseninfrastruktur ein wichtiger Standortfaktor. Wer für Unternehmen attraktiv sein will, muss eine gute Erschliessung unterstützen.

Die FDP stimmt der Abschreibung der Interpellation zu.

Wolfgang Liedtke (SP)

Ich bedanke mich für diese Interpellation, obwohl sie überflüssig und fehlerhaft ist. Selbstverständlich ist es in Ordnung sich zu erkundigen, ob es ein Projekt für einen Verkehrsplan gibt und ob dieser mit der revidierten BZO vorliegen wird. Dies hätte man aber auch in einer Fragestunde erfahren können. Darüber hinaus offenbart der Interpellationstext Unkenntnis und Bequemlichkeit. Hierzu einige Beispiele. Da war einerseits die Ungenauigkeit der Begrifflichkeiten.

Unkenntnis beispielsweise, wenn das Fehlen eines kommunalen Verkehrsplans bei den Nutzungsplänen Isengrund, Sihlmatten und Rifertstrasse, die auch noch fälschlicherweise als "private Richtpläne" bezeichnet werden, kritisiert wird. Im von den Interpellanten selbst zitierten Paragraphen 31 Absatz 2 des PBG heisst es, dass Verkehrspläne mit "den kommunalen Strassen für die Groberschliessung und den Wegen von kommunaler Bedeutung" versehen sind. Ein Verkehrsplan ist also das falsche Instrument für den angesprochenen Zweck.

Die Interpellation offenbart Bequemlichkeit, weil die gewünschten Informationen über die Zeitpläne für das Raumentwicklungskonzept und die BZO frei zugänglich sind. Die Interpellation wurde im September 2024 eingereicht. Damals hätte ein Blick auf die städtische Webseite genügt, um eine grafische Darstellung der zeitlichen Planung zu sehen.

Ich habe bisher hier noch nie einen Vorstoss als unnötig kritisiert, weil ich der Meinung bin, dass man sich keine Beschränkungen dabei auferlegen soll, Fragen, Vorschläge oder Forderungen an die Exekutive zu richten. Diese Interpellation ist aber tatsächlich ein Beispiel für einen Vorstoss, der – das muss ich mit Blick auf den Adliswiler Arzt Heinrich Hunziker noch loswerden – so unnötig ist wie ein Kropf.

Daniel Frei (FW)

Danke, Wolfgang für Deine Erläuterungen. Ich möchte nun den Sinn einer Interpellation ganz unakademisch sehen - auch wenn man ganz viel lesen kann – wir Freien Wähler haben schon manche Projekte diskutiert, obwohl es hiess, dass es eigentlich noch gar nicht ausgereift sei, weil es um den Verkehr ging. Aber ob das nun Planung oder sonst wie heisst, ist mir fast ein wenig egal. Ich weiss, ich bin da etwas anders unterwegs als gewisse Paragraphenreiter. Dass wir die Interpellation, welche ich zwar nicht unterzeichnet, aber unterstützt habe, gebracht haben, soll zeigen, dass es uns ein wichtiges Anliegen ist. Hier geht es weniger darum, was es genau heisst oder was nicht. Wir haben schon Verzögerungen bei Dingen, von welchen uns gesagt wurde, bis wann sie parat seien. Darum finde ich eine Interpellation in diesem Fall gar nicht so schlecht.

Stadtrat Felix Keller

Danke, dass wir anhand dieser Interpellation nochmals aufzeigen konnten, wie der Ablauf vor sich geht.

Ich möchte nochmals auf den nächsten sehr wichtigen Termin hinweisen, den des zweiten Workshops mit Thema Raumentwicklungskonzept (unsere zweite Stadt-Werkstatt) vom 16. April 2025 mit Anmeldeschluss am 10. April 2025. Die Info ist jetzt im Stadtbrief und es würde mich freuen, wenn ich auch ein paar Gemeinderäte dort begrüssen könnte.

Ratspräsident Daniel Schneider

Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Stadtrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der Sitzung: 20.05



Monika Künzle-Weibel, Protokollführerin